

## Antwort

### der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Beatrix von Storch, Jochen Haug, Martin Hess, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/2007 –**

### **Zurückweisungen an deutschen Grenzen aus Gründen der Gefahrenabwehr**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Gemäß Anhang V der Verordnung (EU) 2016/399 kann Personen die Einreise in ein Mitgliedsland der Europäischen Union verweigert werden, wenn diese „eine Gefahr für die öffentliche Ordnung, die innere Sicherheit, die öffentliche Gesundheit oder die internationalen Beziehungen eines oder mehrerer der Mitgliedstaaten der Europäischen Union“ darstellen.

Nach Auskunft der Bundesregierung ist auf dieser Rechtsgrundlage im Jahr 2017 insgesamt 495 Personen die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland verweigert worden, davon 425 auf dem Luftweg und 70 Personen an der Landgrenze. Weitere 544 Personen (509 auf dem Luft-, 27 auf dem Land- und acht auf dem Seeweg) wurden zurückgewiesen, weil sie zur „Einreiseverweigerung“ ausgeschrieben waren (vgl. Bundestagsdrucksache 19/800).

#### Vorbemerkung der Bundesregierung

Anhang V der Verordnung (EU) 2016/399 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) stellt keine Eingriffsermächtigung dar, auf die eine Einreiseverweigerung gestützt werden könnte, sondern beschreibt die Modalitäten der Einreiseverweigerung sowie das auszufüllende Standardformular. Die Verweigerung der Einreise ist in Artikel 14 des Schengener Grenzkodex geregelt.

1. Welche Staatsangehörigkeiten hatten die Personen, denen im Jahr 2017 auf dieser Rechtsgrundlage die Einreise verweigert wurde?

Die erbetenen Angaben können der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

<b>Staatsangehörigkeit</b>	<b>Anzahl Zurückweisungen (Personen)</b>
Albanien	90
Ukraine	45
Schweiz	34
Russische Föderation	32
Niederlande	31
Kolumbien	22
Brasilien	18
Iran	14
Venezuela	14
El Salvador	13
Türkei	13
Georgien	11
China	10
Indonesien	9
Rumänien	9
Indien	8
Syrien	6
Serbien	6
Costa Rica	5
Kosovo	5
Dominikanische Republik	5
Irak	5
Tunesien	5
Moldau	4
Philippinen	4
Paraguay	4
Honduras	4
Eritrea	4
Japan	3
Pakistan	3
Ägypten	3
Chile	3
Peru	2

<b>Staatsangehörigkeit</b>	<b>Anzahl Zurückweisungen (Personen)</b>
Kirgisistan	2
Afghanistan	2
Somalia	2
Bosnien-Herzegowina	2
Kamerun	2
Kuwait	2
Myanmar	2
Argentinien	2
Nigeria	2
Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik	2
Algerien	2
Mexiko	2
USA	2
Angola	2
Kuba	2
Belgien	1
staatenlos	1
Vietnam	1
Panama	1
Trinidad und Tobago	1
Libyen	1
Guatemala	1
Guinea-Bissau	1
Bulgarien	1
Marokko	1
Kroatien	1
Mauritius	1
Antigua und Barbuda	1
Jordanien	1
Bangladesch	1
Saudi-Arabien	1
Armenien	1
Komoren	1
Weißrussland	1
Kongo, Demokratische Republik	1
Luxemburg	1

2. Wie viele der zurückgewiesenen Personen hatten nach Kenntnis der Bundesregierung in der Vergangenheit in Deutschland schon Straftaten begangen oder solche geplant?
3. Wie viele der Einreiseverweigerungen bzw. Zurückweisungen erfolgten, weil die betroffenen Personen beim Begehen einer Straftat aufgegriffen wurden, und um welche Straftaten (z. B. Drogendelikte, Waffenschmuggel, Menschenhandel) handelte es sich jeweils?
4. Wie viele der Einreiseverweigerungen bzw. Zurückweisungen waren durch Warnungen ausländischer Sicherheitsbehörden veranlasst?
5. Wie viele der Einreiseverweigerungen bzw. Zurückweisungen erfolgten wegen des Verdachts auf terroristische Aktivitäten, und in wie vielen Fällen hatten diese einen islamistischen Hintergrund?

Die Fragen 2 bis 5 werden gemeinsam beantwortet.

Statistische Angaben im Sinne der Fragestellung werden nicht erhoben.

6. Welche Staatsangehörigkeiten hatten die Personen, die 2017 zurückgewiesen wurden, weil sie zur „Einreiseverweigerung ausgeschrieben“ waren?

Die erbetenen Angaben können der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

<b>Staatsangehörigkeit</b>	<b>Anzahl Zurückweisungen (Personen)</b>
Albanien	178
Serbien	64
Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik	51
Georgien	50
Bosnien-Herzegowina	31
Ukraine	20
Kolumbien	16
Brasilien	15
Moldau	15
Russische Föderation	10
Türkei	10
Syrien	8
USA	8
Montenegro	7
Afghanistan	4
Kanada	4
Kosovo	4
Nigeria	4
Rumänien	4
Irak	3

<b>Staatsangehörigkeit</b>	<b>Anzahl Zurückweisungen (Personen)</b>
Bulgarien	2
Dominikanische Republik	2
Kuwait	2
Libanon	2
Marokko	2
Mexiko	2
Slowakische Republik	2
Ägypten	1
Äquatorialguinea	1
China	1
Großbritannien	1
Guinea	1
Honduras	1
Iran	1
Kongo	1
Kongo, Demokratische Republik	1
Korea, Demokratische Volksrepublik	1
Niederlande	1
Niger	1
Pakistan	1
Paraguay	1
Peru	1
Polen	1
Taiwan	1
Thailand	1
Tschechische Republik	1
Tunesien	1
Ungarn	1
ungeklärt	1
Venezuela	1
Vietnam	1

7. Aus welchen Gründen waren die betreffenden Personen zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben?
8. In wie vielen Fällen war der Verdacht auf die Planung terroristischer Aktivitäten ein Grund für die Ausschreibung zur Einreiseverweigerung?

Die Fragen 7 und 8 werden gemeinsam beantwortet.

Statistische Angaben im Sinne der Fragestellung werden nicht erhoben.



